

An den Vorsitzenden der Europäischen Zentralbank Herr Jean-Claude Trichet,

Ihr ehemaliger Kollege Alan Greenspan von der Fed ist dafür gescholten worden – nachdem er zuvor dafür gerühmt worden war –, dass er auf die Rezession im Gefolge von 9/11 mit einer langen Periode von Zinssenkungen reagiert hat, die im Juni 2003 mit 1% ihren Tiefpunkt erreichte. Man wirft ihm vor, die jetzigen Immobilienkrise hervorgerufen zu haben. Uns scheint, da sitzt jemand im Glashaus und wirft mit Steinen.

Ohne die Intervention der Fed hätte die US-Wirtschaft sich in der Tat nicht so rasch und so spektakulär von der Rezession 2001 erholt. Das Problem liegt jedoch nicht so sehr darin, dass Herr Greenspan damals mit unerhört zinsgünstigen Krediten eine Starthilfe gegeben hat – ebenso wenig wie Ihnen jetzt vorzuwerfen, dass Sie jetzt Hunderte von Milliarden in den Geldmarkt pumpen; nur Zyniker vom Schlage der „Financial Times Deutschland“ schreiben: „Lass es krachen, die anderen zahlen“ (15.8.07). Das Problem liegt darin, dass diese Starthilfe keine Binnenmarktstruktur angeworfen hat, die auf einer Ausweitung des Wohlstands der Bürger basierte, sondern eine, die auf einer Schuldenexplosion basierte – und zwar im Bereich des Konsums. „80% der amerikanischen Wirtschaft werden vom Konsum getrieben“, schrieb der „Economist“ Mitte 2005. 90% des Wachstums der letzten vier Jahre gingen auf eine hemmungslose private Verschuldung zurück.

Die Verschuldung der US-amerikanischen Haushalte in den USA ist zwischen 2001 und 2005 von 7500 Mrd. Dollar auf über 12000 Mrd. Dollar gestiegen. Das sind unvorstellbare Summen. Das Bruttosozialprodukt der USA liegt niedriger, es beträgt „nur“ 13000 Mrd. Dollar. Umgerechnet auf 300 Millionen offiziell in den USA lebenden Personen macht das im Durchschnitt 40000 US-Dollar Schulden pro Kopf – vom Baby bis zum Greis.

Warum aber haben sich so viele US-Bürger verschuldet? Das

Angebot von billigem Geld allein ist noch kein Grund. Es muss auf der anderen Seite auch die Not da sein es aufzunehmen. Warum konnte eine Ausweitung des Konsums – vorausgesetzt, das sei eine unter allen Umständen wünschenswerte Größe – nicht aus eigener Arbeit und dem Lohn, den man dafür erhält, erwirtschaftet werden?

Die Antwort darauf finden Sie in den Statistiken der Einkommensverteilung: Die Schere hat sich ungeheuer geöffnet. Die Lohnquote war seit Bestehen der Einkommensstatistik noch nie so gering wie heute. Der Anteil der Gewinne hingegen liegt so hoch wie seit 50 Jahren nicht mehr. Die ärmere Hälfte der US-Bürger besitzt heute nur 2,5% des Volksvermögens, das reichste Zehntel 70%.

Vor allem die Tatsache, dass es in den USA so gut wie keine funktionierende öffentliche Gesundheitsversorgung gibt, reißt große Löcher in die privaten Haushaltskassen. Im Jahr 2005 haben über 2 Millionen Privatleute Insolvenz angemeldet; der größte Teil davon hatte krankheitsbedingte Schulden in Höhe von mehreren tausend Dollar. Kein Wunder, dass Geld verleihen so ein lukratives Geschäft geworden ist, dass Tausende von sog. Finanzdienstleistern seither aus dem Boden gesprossen sind. Früher nannte man sie Wucherer. Und Wucherzinsen erheben sie manchmal auch – bis zu 500%; es gibt immer noch US-Bundesstaaten, die kein Gesetz haben, das Wucher verbietet.

Jetzt ist die Blase geplatzt und die Weltwirtschaft droht, in eine Rezession zu rutschen. Sie, Herr Trichet, gehören zu denen, die dennoch meinen, das US-Modell sei auch für uns in Europa nachahmenswert. Die EU-Kommission, deren Kurs Sie stützen, hat mit ihrer Liberalisierung der Finanzmärkte und der Dienstleistungen den europäischen Markt für in- und ausländische Heuschrecken geöffnet. Die kaufen auf Pump Unternehmen auf und zerlegen sie. Sie drängen aber auch auf den Immobilienmarkt und schlachten die Geldnöte der Kommunen aus, um billig an öffentliches Wohneigentum heranzukommen, das sie dann mit hohem Gewinn weiterverkaufen, womit sie die Immobilienpreise in die Höhe treiben. So treiben auch die EU-Regierungen Menschen in Verschuldung. In Deutschland ist mittlerweile zwar nicht jeder Fünfte überschuldet, aber jeder Zehnte schon.

Ihrem und Ihresgleichen Treiben kann man nicht tatenlos zusehen. Wir werden deshalb alle Hebel in Bewegung setzen, damit die Privatisierung öffentlichen Wohneigentums gestoppt wird. Im Jahr 2009 wollen Sie, wie auch Frau Merkel, einen EU-Vertrag verabschieden, in dem alles das, was in den USA falsch gelaufen ist – und was auch bei uns seit Jahren falsch läuft –, zementiert und zum Gesetz erhoben wird. Die Zurückweisung dieses Vertrags wäre ein erster Schritt umzulenken. Auf dem Sozialforum in Cottbus und im kommenden Jahr in Malmö werden wir uns darüber zu verständigen haben.

ANGELA KLEIN

(Aus: SoZ, Nr. 9, September 2007)

SoZ Sozialistische Zeitung

monatlich mit 24 Seiten Berichten und Analysen zum alltäglichen kapitalistischen Irrsinn und den Perspektiven linker Opposition

SoZ-Verlag · Dasselstr. 75–77 · D-50674 Köln
Fon (02 21) 9 23 11 96 · Fax 9 23 11 97
redaktion@soz-verlag.de · www.soz-plus.de

Ich bestelle eine

- kostenlose **Probeausgabe**
- Probeabo** (4 Ausgaben) gegen 10-Euro-Schein
(keine automatische Verlängerung)

Name Anschrift

Ausschneiden und einsenden an: SoZ, Dasselstr. 75–77, 50674 Köln

Was will die SoZ?

■ Die *Sozialistische Zeitung* (SoZ) setzt sich zum Ziel, publizistisch dazu beizutragen, alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, geknechtetes, verlassenes und verächtliches Wesen ist.

■ Sie versteht sich deshalb als Teil der emanzipatorischen Bewegungen, deren Ziel die Befreiung der Menschen von Unterdrückung, Ausbeutung, Entfremdung und Gewalt ist.

■ Der Kampf für umfassende Emanzipation kann nur erfolgreich sein, wenn die unterdrückten und entfremdeten Menschen sich für ihre eigenen Interessen und gegen Unterdrückung und Erniedrigung selbst engagieren. Deshalb verteidigt die SoZ demokratische Ansprüche individueller wie kollektiver Art und bekämpft alle Formen ausgrenzender Diskriminierung (Chauvinismus, Sexismus, Rassismus, Antisemitismus usw.) in der bürgerlichen Ge-

sellschaft wie auch innerhalb linker Organisationsformen.

■ Der Kampf für umfassende Emanzipation in der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft wird nicht zuletzt entlang des Widerspruchs zwischen Lohnarbeit und Kapital geführt. Deshalb versteht sich die SoZ als grundsätzliche Gegnerin der weltweit vorherrschenden kapitalistischen Gesellschaft und ergreift Partei für die gegen Profitstreben und Konkurrenzkampf streitenden abhängig Beschäftigten.

■ Es gibt Widersprüche, die nicht auf den Widerspruch von Lohnarbeit und Kapital zu reduzieren sind – die Geschlechterfrage und die Ökologiefrage bspw. oder die Missachtung demokratischer Rechte von besonders unterdrückten und benachteiligten Bevölkerungsteilen. Deren praktische und theoretische Bearbeitung erfordert eigenständige Mittel. Ihre besondere Ausformulierung erfahren diese Widersprüche durch die bürgerliche Gesellschaft und den sie

zentral durchziehenden Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit. Es bedarf deswegen einer neuen, sich nicht selbst herstellenden Einheit in der Vielfalt, eines neuen Bündnisses von demokratischen und sozialistischen Kämpfen.

■ Da der Kampf um umfassende Emanzipation ein internationaler ist und letzten Endes auch nur dann erfolgreich sein kann, wenn er als internationalistischer weltweit geführt wird, versteht die SoZ die Förderung internationaler Solidarität und internationaler Zusammenarbeit als eine besondere Aufgabe der Zeitung.

■ Notwendig ist eine sozialistische Gesellschaft. Ihre ökonomische Grundlage kann nur sein: eine demokratisch geplante, selbstverwaltete Wirtschaft, die sich vor allem an den Bedürfnissen der Menschen orientiert – anstatt am Profit der Unternehmer und Banker oder den Privilegien der Bürokraten. Ihre politische Grundlage kann nur sein: Die Verwirklichung der breitesten Demokratie, die Selbstbestimmung

der Produzenten und die Selbstorganisation aller, die einer besonderen Form der Unterdrückung unterliegen. Ziel muss also eine Gesellschaft sein, die im Gegensatz zur bürgerlich-kapitalistischen Klassengesellschaft und zu den ehemaligen bürokratischen Regimen (in der Ex-DDR, der Ex-UdSSR, in China usw.) steht. Sozialistische Demokratie kann sich nur da entwickeln, wo individuelle Rechte garantiert und erweitert werden, wo sich politische, soziale und kulturelle Demokratie entwickeln kann, ohne auf Grenzen von Macht und Herrschaft zu stoßen.

■ Eine solche Gesellschaft von morgen wird in den Kämpfen von heute aufgebaut. Die SoZ als eine von Parteien unabhängige Zeitung tritt in diesen Kämpfen für die Einheit der sozialistischen Kräfte und für den Aufbau einer organisierten Gegenmacht ein, die uneingeschränkt für diese Ziele steht.

Auszug aus dem Redaktionsstatut der SoZ